

Privatgeräte-Nutzung vom KuMi vorausgesetzt

Beitrag von „O. Meier“ vom 4. April 2024 12:58

Zitat von Morse'

Im Verwaltungsnetz meines Schulträgers, in dem Microsoft Office "natürlich" der Standard ist, ist die Nutzung von OpenOffice u. LibreOffice nicht erlaubt - "aus Sicherheitsgründen". Auf Nachfrage erläuterte mir ein Mitarbeiter, dass der Vertrag mit Microsoft explizit die Nutzung der kostenlosen open-source Konkurrenz ausschließt.

Ich musste mir damals den Mund fusselig sabbeln, damit wir OO aufs pädagogische Netz bekommen. Da war dann die damalige Wartungsfirma dagegen. Die hatten der Schulträgerin ein „System“ aus Terminal-Server und Thin-Clients aufgeschwatzt, das nie richtig funktionierte. In den Gesprächen verplapperten sie sich, so bekamen wir mit, dass sich dort manche Software total einfach installieren ließ, andere etwas mehr Aufwand benötigte. Weniger Aufwand passte aber besser in die Kalkulation. Die mussten zwangsläufig knapp sein, die niedrigpreisigste Anbieterin gewinnt.

Uns erzählten sie einen Haufen Scheiß in unangemessenem Tonfall. Sie betrieben ein „reines Produktivsystem“, da sein kein Platz für Spielkram. Deshalb könne auch kein BlueJ installiert werden. Da erfanden sie sogar einen Passus in den Lehrplänen, dass im beruflichen Gymnasium ausschließlich Eclipse als Entwicklungsumgebung zu nutzen sei.

Die Schulleiterin ließ sich zunächst beschwatschen und vertraute nach einigem hin und her dann doch der Expertise der Fachkolleginnen.

Danach habe ich mich im Wesentlichen nicht mehr darum gekümmert, welche Software installiert wird (Eine Ausnahme, aber ansonsten antworte ich „Leckt mich am Arsch!“, wenn ich gefragt werde, welche Software wir brauchen. Nur nicht so höflich und zurückhaltend, ich formuliere das etwas direkter).

Damit es nicht nur anekdotisch wird, das könnte ein Beispiel für folgende Erkenntnisse sein:

Die Menschen, die die Entscheidungen treffen, müssen sich auskennen, auch mit technischen Zusammenhängen.

Das technische Personal muss für technische Lösung sorgen und dazu beraten. Inhaltliche Lösungen müssen andere treffen.

Es muss genug Geld vorhanden sein. Dazu muss man insbesondere die Personalkosten so veranschlagen, dass die auch wirklich arbeiten können.

Letztendlich müssten Lehrerinnen, technisches und administratives Personal zusammenarbeiten, um gemeinsam Lösungen zu finden. Keine Besserwisserei von allen Seiten, die einander erklären, was alles nicht geht.

Dazu müsste man aber ein gemeinsames Ziel haben. Wenn man Digitalisierung nur betreibt, weil die von den Wahlplakaten in den Koalitionsvertrag diffundiert ist, hat man das nicht.

Insofern, Morse', stimme ich dir zu. Es sind die politischen Entscheidungsstrukturen, die uns im Weg stehen.